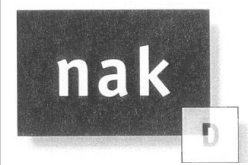


Diakonie 
in Hessen
und Nassau

Diakonisches Werk
in Hessen und Nassau e.V.



nak Nationale Armutskonferenz
Mitglied im Europäischen Armutsnetzwerk EAPN

Landesgeschäftsstelle

Pressesprecherin

Kathleen Niepmann
Telefon: 069 7947-375
Telefax: 069 7947-99375
pressesprecherin@dwhn.de
www.diakonie-hessen-nassau.de

Presseinformation

Hamburg/Frankfurt am Main, 27.01.2010

Statement

Armut und Ausgrenzung überwinden – in Gerechtigkeit investieren

Pressekonferenz, 27. Januar 2010, Diakoniezentrum für Wohnungslose, Hamburg

Pfarrer Dr. Wolfgang Gern

**Sprecher der Nationalen Armutskonferenz (nak) und
Vorstandsvorsitzender Diakonisches Werk in Hessen und Nassau**

1. Das Europäische Parlament und der Europäische Rat haben das Jahr 2010 zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen. Damit wird die von der EU und anderen im Vertrag von Lissabon eingegangene Verpflichtung bekräftigt, die Beseitigung der Armut bis 2010 entscheidend voranzubringen. Die Nationale Armutskonferenz ist ein Zusammenschluss der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, bundesweit tätiger Fachverbände und Selbsthilfeorganisationen und des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Konferenz gründete sich im Herbst 1991 als deutsche Sektion des Europäischen Armutsnetzwerkes „European Anti Poverty Network“ (EAPN).

2. Armut und Reichtum sind ein öffentliches Thema geworden. Wir brauchen eine ehrliche Sprache, die die Wahrheit über Armut mitten in einer reichen Gesellschaft sagt, statt Schönfärberei der Wirklichkeit.

Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung beschreibt wachsende Armut auf dem Höhepunkt der Reichtumsentwicklung. Jetzt muss es darum gehen, eine ehrliche Sprache zu finden, die die Wahrheit über Armut mitten in einer reichen Gesellschaft sagt. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet. Jeder vierte Bundesbürger ist arm oder von Armut bedroht. 13 Prozent der Bevölkerung leben in Armut, weitere 13 Prozent erhalten staatliche Sozialtransfers, damit sie nicht in Armut geraten. Besonders Kinder sind von Armut betroffen. Insgesamt leben drei Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Armut, von insgesamt 14,5 Millionen in dieser Altersgruppe. Sie erfahren, dass Armut Ausgrenzung heißt und dass sie nicht mithalten können – von der Schule bis zur Freizeitgestaltung. Besonders sind von Armut betroffen: Familien mit mehr als zwei Kindern, Alleinerziehende und Familien mit Migrationshintergrund.

Wir hören immer wieder das Wort von der Eigenverantwortung: Sie wird denen zugemutet, die sie am wenigsten tragen können. Es geht vielmehr um die sozialen Grundrechte und um die Frage des sozialen Ausgleichs unserer Gesellschaft. Weil Demokratie und sozialer Ausgleich

zusammengehören. Es geht auch um die Beteiligung der Betroffenen, um Solidarität und um den Anspruch auf sozialstaatliches Handeln.

3. Die Beteiligung der Armen an den Wahlen in Land und Bund geht rapide zurück – und zugleich deren gesellschaftspolitische Partizipation.

Dass arme Menschen sich nicht mehr von der Politik vertreten sehen und deshalb der Wahl fern bleiben, ist ein Warnsignal. Arme Menschen erleben ihre Situation als Ausgrenzung und Machtlosigkeit. Die Erfahrung der Ohnmacht wird verstärkt durch einen gesellschaftlichen Diskurs, der von oben nach unten schaut und der nicht selten degradierend „über“ die Armen spricht anstatt mit ihnen. Ausgelassen wird, dass Armut und Verarmung in einem der reichsten Länder „gemacht“ sind. Dass stärkere Schultern mehr tragen können als schwächere – das erscheint als Überzeugung aus einer vergangenen Epoche. Auch medial hat man den Eindruck, dass die Armen keine Stimme haben – und daher zu wenig vorkommen. Und auf der anderen Seite darf ungestraft behauptet werden, dass Arme mit ihrem Geld nicht umgehen können und ihr Geld versaufen. Und Steuerpolitik, die für sozialen Ausgleich sorgen sollte, wird als Enteignungspolitik diffamiert. Die Ständerepublik lässt grüßen.

4. Wir brauchen weiterhin einen Armuts- und Reichtumsbericht für unser Land und eine Strategie der Armutsbekämpfung

Der Armuts- und Reichtumsbericht hat in den letzten zehn Jahren dazu verholfen, die Situation der Armen durch Lebenslagenberichte und Zahlen in den Blick zu bekommen. Manchmal hat man den Eindruck, das ist nicht gewollt. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung fehlt der Hinweis darauf, einen Armuts- und Reichtumsbericht veröffentlichen zu wollen. Wir brauchen eine Politik, die solche Berichte veranlasst und durch transparente und selbstkritische Korrekturen auf sie reagiert.

Wie Menschen Armut bewältigen können, hängt ganz entscheidend auch an der sozialen Infrastruktur. Diese muss erhalten bleiben, gerade auch in sozial schwierigen Zeiten. Ich erwarte deshalb von der Politik in den anstehenden Diskussionen über die Konsolidierung des Haushalts einen Bestandsschutz der sozialen Infrastruktur. Für Steuersenkungen ist im Moment kein Spielraum. Wenn ich das fordere, dann weiß ich mich getragen vom Bundesrechnungshof und allen führenden Ökonomen. Übrigens hat die EKD in ihrer jüngst erschienenen Schrift zur Steuergerechtigkeit auch diese Position unterstrichen.

Wir brauchen daher nicht eine Diskussion über die weitere Entlastung der Wohlhabenden, sondern eine entschiedene Debatte über den sozialen Zusammenhalt und was er uns "wert" ist. Und wenn der soziale Zusammenhalt uns wert und teuer ist, dann hat er auch seinen Preis. Und wir sollten das Europäische Jahr nutzen und eine konkrete Strategie entwickeln, wie wir es in der Entwicklungspolitik mit den Millenniumszielen gemacht haben. Wenn wir die Armut halbieren wollen, dann sind folgende Schritte nötig: ein Regelsatz, der armutsfest ist, eine Schule für alle, ein gesetzlicher Mindestlohn, der Abbau von Niedriglohnarbeit und eine Mindestrente.

5. Armutsbekämpfung muss in unserer Gesellschaft wieder mehrheitsfähig werden. „Make poverty history“, sagen die Engländer. Armut muss zur Vergangenheit werden.

Unser Land und das reiche Europa sind reich genug, um das zu Wege zu bringen. Alles hängt daran, dass der politische Wille in diese Richtung weist und dafür mobilisiert wird. Übrigens, auch das Grundgesetz will es so – bis hin zur Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass Armutsbekämpfung wieder mehrheitsfähig wird. Dass der Sozialstaat nicht als Anhängsel der Marktwirtschaft erscheint, sondern als kulturelle Errungenschaft.